

Niedersachsen, Ökumenische Versammlung, Sendschreiben, 1988

Sendschreiben Ökumenische Versammlung in Niedersachsen

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat alle Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen aufgefordert, in einen konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Wir folgen diesem Aufruf und finden uns vom 9. bis 11. September 1988 zu einer Ökumenischen Versammlung in Hannover zusammen. Wir hören diese Aufforderung als den Ruf unseres lebendigen Gottes zur Umkehr und Nachfolge mit unseren Worten und Taten.

Wir sind auf dem Weg. In Initiativgruppen und Gemeinden brechen wir auf, um die lebenszerstörenden Strukturen, in die wir uns verstrickt haben, zu überwinden.

In einem Brief an Kirchen und Gemeinden

- benennen wir unsere Verstrickung und Mitschuld,
- bekennen wir, woran wir uns auf unserem Weg orientieren wollen,
- verpflichten wir uns, den Weg der Umkehr und Nachfolge Jesu Christi fortzusetzen.

Wir wollen uns in unsere Gruppen, Gemeinden und Kirchen entsenden lassen, um mutiger und eindeutiger als bisher unseren Weg zu gehen. Wir suchen Gespräche und gemeinsames Handeln mit allen, die für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung eintreten.

Wir sehen unsere Verstrickung in Ungerechtigkeit, Friedlosigkeit und die Zerstörung der Schöpfung

Ungerechtigkeit

Als Bürgerinnen und Bürger einer der reichsten Industriegesellschaften der Erde sind wir nicht nur verstrickt in ein Wirtschaftssystem, das überall in der Welt, also auch bei uns, zahllose Opfer zur Folge hat, sondern auch Nutznießer dieses Systems. Daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, beruht auf einer „Ordnung“, die nicht am Leben, sondern am Profit orientiert ist. Die Zweidrittelwelt hat nicht die Kraft sich gegen den reichen Norden durchzusetzen: Ihre ungeheure Schuldenlast liefert sie den Interessen der Gläubigerstaaten aus. Diese diktieren über die Handelsstrukturen, die Weltbank, den internationalen Währungsfonds und die Transnationalen Unternehmen die Lebensbedingungen der Menschen in den verschuldeten Ländern. So setzen sie die direkte Ausbeutung während der Kolonialzeit mit anderen Mitteln fort. Nicht nur weltweit sind wir in Ungerechtigkeit

verstrickt, sondern haben auch teil an ungerechten Strukturen in unserem eigenen Land, entweder als Bevorzugte oder als Benachteiligte.

Friedlosigkeit

Wir sind verstrickt in ein System der Abschreckung, das durch die Androhung der gegenseitigen Vernichtung den Frieden zu sichern meint. Tatsächlich aber schließt es die Bereitschaft ein, mit dieser Drohung Ernst zu machen, und fordert das ständige Streben nach militärisch-technischer Überlegenheit heraus. Deshalb geht der Rüstungswettlauf trotz des Vertrages über den Abbau der Mittelstreckenraketen ungehindert weiter. Die Kosten für diese Hochrüstung zahlen die Länder der Zweidrittelwelt mit Hunger und Tod. Die mit dem Feindbild des Kommunismus bzw. Kapitalismus begründete Aufrüstung in West und Ost garantiert in Wirklichkeit die Herrschaft des Nordens über den Süden. Zur Verteidigung von Machtansprüchen und zur Sicherung von wirtschaftlichen Interessen unterstützen auch demokratische Regierungen Regime, deren Militär- und Polizeiapparate Menschen foltern und morden. Wir erkennen, daß wir zur Verminderung von Gewalt und zum Abbau von Feindbildern in unseren Lebensbezügen zu wenig beitragen.

Zerstörung der Schöpfung

Wir sind mitschuldig und haben teil an der Ausbeutung und Zerstörung der Schöpfung. Durch die Zusammenhänge von Technologie und Wirtschaftsinteressen sind wir verstrickt in ein Denken und Handeln, das bestimmt ist von vermeintlichen Sachzwängen und Fortschrittsgläubigkeit. Die Grenzen dessen, was der Schöpfung zugemutet werden kann, sind längst überschritten. Besonders deutlich wird dies bei den Folgen der Atomenergie - vom Abbau des Uranerzes bis zur ungeklärten Frage der Entsorgung - und bei der Fortpflanzungs- und Gentechnologie. Industrielle Expansion, die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Umweltverschmutzung durch Industrie und Haushalte zerstören die natürlichen Kreisläufe der Natur. Boden, Wasser und Luft sind durch zum Teil hochgiftige Stoffe verseucht, die entweder gar nicht oder nur schwer abbaubar sind.

Wir erinnern uns an unsere Vergangenheit

Ohne Erinnerung kann es Versöhnung unter den Menschen und Völkern und mit der Natur nicht geben. Wir haben aus der Geschichte unseres Volkes erfahren, zu welchen Akten der Barbarei wir Menschen fähig sind. Voller Scham und Schmerz erinnern wir uns daran, was Deutsche anderen Menschen und Völkern angetan haben. Wir dürfen den Völkermord bei der Kolonisierung Afrikas nicht vergessen. Wir denken an die Opfer des Krieges, insbesondere des Vernichtungskrieges im Osten, und an die Opfer in den Konzentrationslagern. Für sie alle nennen wir stellvertretend Russen, Polen, politische Gefangene, Juden Sinti, Roma, Homosexuelle, Behinderte. Wir erinnern an die Schuld der Kirchen, durch ihr Schweigen zu den Verbrechen im „Dritten Reich“ und durch ihre Unterstützung des Krieges. Wir erinnern da-ran, daß wir Deutschen unmittelbar nach Kriegsende überzeugt waren: „Nie wieder Waffen! Nie wieder Krieg!“ Wir erinnern auch an die jahrhundertelange Unterdrückung und Verfolgung von Frauen, die in ihren Rechten bis heute benachteiligt werden.

Wir glauben an den Gott des Lebens

Wir werden durch die Verheißungen der Bibel befreit zu unserem Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Wir hören, daß die Propheten des Alten Testaments Partei nahmen für die Unterdrückten und Entrechteten und den Zorn der Mächtigen nicht scheuten. Wir erinnern uns an ihre Vision von einem gewaltfreien Umgang der Menschen miteinander und mit der Natur, von einem Frieden, der nicht auf Waffengewalt und Abschreckung beruht, sondern auf Gerechtigkeit, die den Armen, Schutzlosen und Verwaisten Recht verschafft. Wir glauben, daß Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, die Mächte des Todes überwunden hat. Er ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Er leidet mit uns und gibt uns Hoffnung, daß die Liebe den Tod besiegt. Er gibt uns Kraft, für das Leben aufzustehen. Jesus Christus war gesandt, „den Armen das Evangelium zu verkündigen, den Gefangenen zu predigen, daß sie frei sein sollen, den Blinden, daß sie sehen sollen, und den Zerschlagenen, daß sie frei und ledig sein sollen“ (Lk 4, 18). Darum heißt für uns, auf Christus zu hören: auf die Stimme der Armen hören, die Probleme unserer Zeit mit ihren Augen sehen, von ihnen lernen und nicht mehr mit den Mächtigen gemeinsame Sache machen. Jesus ruft uns zu einer Umkehr von dem Weg der Macht und Konkurrenz hin zu einem Weg der Liebe und Solidarität.

Wir vergewissern uns unserer Hoffnungen

Glauben und Erinnern helfen uns, den Weg in die von Gott verheißene Zukunft zu gehen, die bestimmt ist von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Auf diesem Weg sind wir angewiesen auf Visionen. Wir haben die Vision von einem Frieden in Gerechtigkeit, in dem „die Wölfe bei den Lämmern wohnen“ und „die Schwerter zu Pflugscharen werden“. Wir haben die Vision, in einer Gesellschaft zu leben, die nicht mehr auf aggressives Wirtschaftswachstum setzt. Wir haben die Vision, in einem entmilitarisierten Europa zu leben, das die Zweidrittelwelt und die Ressourcen der Erde nicht länger ausbeutet. Wir haben die Vision, in einer Welt zu leben, in der die Menschen mit allen Geschöpfen geschwisterlich zusammenleben. Diese Visionen geben uns die Kraft und weisen uns den Weg, auf dem wir die lebensbedrohenden Entwicklungen überwinden.

Wir lassen uns ermutigen durch unsere Erfahrungen

Wir kehren um zu einem Engagement für alles Leben auf der Erde und erfahren, daß wir trotz unseres schuldhaften Verstricktseins in todbringende Mächte und Strukturen voller Hoffnung leben können. Auf unserem Weg erfahren wir, daß wir aus unserer Resignation und Ohnmacht befreit werden. Wir werden frei, unsere Begabungen zu nutzen. Mit großer Hoffnung erfüllt uns, daß wir uns als Glieder eines weltweiten Netzes von Frauen und Männern sehen können, die sich auf dem gleichen Weg befinden. Gemeinsam mit ihnen mischen wir uns ein in die politische Auseinandersetzung, denn Krieg, Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Ausbeutung, Feindbilder und Verschwendung sind unvereinbar mit der Nachfolge Jesu.

Wir vereinbaren konkrete Schritte

Wir wollen uns und anderen Mut machen, bedrängende Probleme wahrzunehmen, zu analysieren und gemeinsam mit anderen Veränderungen herbeizuführen. Dort, wo wir leben und arbeiten, wollen wir konkrete Schritte unternehmen und dabei den Blick schärfen für die weltweiten Zusammenhänge: lokal handeln - global denken.

Gerechtigkeit

Unter Gerechtigkeit stiftender Partnerschaft in der einen Welt verstehen wir ein Zusammenleben von Christen als den Gliedern an dem einen Leibe Jesu Christi. Aus diesem Partnerschaftsverständnis „gegenseitiger Hilfe, wechselseitigen Lernens und gemeinsamen Feierns“ (Sundermann) begreifen wir von neuem das Evangelium Christi als eine entschiedene Parteinahme Gottes für die Armen und Unterdrückten.

Kirche und Geld

Wir stellen fest, daß es in unseren Kirchen gegenwärtig keine Wirtschaftsethik gibt, die sich wirklich am Evangelium mit seinen Grundwerten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung orientiert. Eine solche - für das Verhalten von Christen und Kirchen verbindliche - Orientierung müßte die konkrete Gestaltung von kirchlichen Haushaltsplänen, Rücklagen und Geldanlagen (Zukunftssicherung) bestimmen. Darum müssen entsprechende ethische Kriterien entwickelt werden. In diesem Zusammenhang fordern wir:

1. Offenlegung allen kirchlichen Vermögens und der Kapitalbewegungen (Verwendung der Rücklagen, Aktien, Zinsen usw.);
2. Anlage der Rücklagen der Kirchen gemäß ihrer Option für die Armen (z.B. bei der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft EDCS);
3. Aufklärung über das gegenwärtige Wirtschaftssystem und die Verstrickung der Kirchen in dieses System (z.B. im Rahmen kirchlicher Bildungsarbeit wie Konfirmanden- und Religionsunterricht, Erwachsenenbildung sowie in Predigthilfen).

Verschuldung der Zweidrittel-Welt

Wir fordern die Bundesregierung, die Banken und den Internationalen Währungsfonds zu einem umfassenden und wirksamen Schuldenerlaß auf und zur Entwicklung gerechter Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen gegenüber den Ländern der Zweidrittel-Welt. Eine Einschränkung unseres Lebensstandards nehmen wir bewußt in Kauf. Der Schuldenerlaß soll dienen

- der Wahrung elementarer Menschenrechte (mit besonderem Augenmerk auf die Menschenrechte der Frau),
- der Beseitigung struktureller Ungerechtigkeit (z.B. durch Landreform),
- der Beendigung der Naturzerstörung.

Unsere Verantwortung für Südafrika

Ein besonders deutliches Beispiel für die herrschenden Weltwirtschaftsstrukturen ist die apartheid-stützende Funktion der Beziehung bundesdeutscher Banken und Firmen mit der Republik Südafrika und Namibia. Wir wollen verstärkt in unseren Kirchen auf dieses Problem aufmerksam machen und auf verschiedenen Ebenen auf die Kündigung kirchlicher Konten bei solchen Banken hinarbeiten.

Als Vorbild für andere kirchliche Gremien begrüßen wir die Entscheidung des Kirchenkreistages Wolfsburg, die Konten bei der Dresdner Bank zu kündigen, sowie den Antrag des Kirchenkreises Ronnenberg vom 14.3.1988 an die Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Dieser Antrag beinhaltet, Geschäftsbeziehungen der Landeskirche mit an Südafrika-Geschäften beteiligten Banken zu überprüfen und - falls auf Veränderung der Geschäftspraktiken zielende Gespräche mit diesen ergebnislos bleiben sollten - abzuberechnen.

Wir fordern alle Kirchenkreise auf, diesen Antrag zu unterstützen. Wir fordern die Landessynode auf, diesen Antrag dringlich zu beraten. Wir fordern die anderen Kirchen in Niedersachsen auf, in ähnlicher Weise Initiativen zu ergreifen.

Partnerschaft mit der Zweidrittel-Welt

Wir fordern die Kirchengemeinden zur Partnerschaft mit Gruppen und Projekten der Zweidrittel-Welt auf. Konkrete Schritte dazu sind:

- entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die einer Almosenmentalität wehrt (z.B. bei Projekten von „Brot für die Welt“ und „Misereor“ durch gezielte Information über das Projektland);
- Einrichtung von entsprechenden Planstellen auf Kirchenkreis-, Propstei-, Kirchenbezirks- und Dekanatssebene;
Knüpfen direkter Kontakte zwischen Produzenten und Verbrauchern;
- Einsatz von entwicklungspolitischen Geldern für strukturverändernde Projekte, insbesondere für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen;
- Aufdeckung unseres Anteils an Gewaltstrukturen (z.B. Zusammenhang von Sextourismus und Umgang mit Sexualität und Gewalt in unserer Gesellschaft);
Zusammenarbeit mit bestehenden Eine-Welt-Gruppen;

Wir fordern die Kirchen auf, über die Situation von Ländern der Zweidrittel-Welt aus der Perspektive der Unterdrückten zu informieren. Dies gilt z.B. für die einseitige Berichterstattung über Äthiopien. Für dieses Land fordern wir, daß eine internationale, unabhängige Kommission den Mißbrauch bei der Verteilung der Hilfsgüter durch die Militärregierung Äthopiens überprüft und die Menschenrechtsverletzungen aufdeckt.

Armut bei uns

Wir wollen eine Kirche, die die Ursachen und Folgen der Armut bei uns benennt und sich nicht mit ihnen abfindet. Wir wollen eine Kirche, die sich gemeinsam mit den Frauen und Männern, die in Armut leben, für eine Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Arbeits-losen und Sozialhilfeempfängerinnen einsetzt, z.B. für eine Anhebung der Sozialhilfe um 30%.

Wir wollen eine Kirche, die die Gründung von Arbeitsloseninitiativen und -projekten

verstärkt anregt und finanziell sowie personell unterstützt.

Wir wollen eine Kirche, die in ihrem Bereich Modelle solidarischen Teilens praktiziert:

- Teilen von Arbeit, womit auch Teilen von Erwerbs- und Hausarbeit zwischen Männern und Frauen gemeint ist. Damit Frauen einen gerechten Anteil an der Erwerbsarbeit haben, muß auch in den Kirchen ein Quotenregelung (50 %) eingeführt werden.
- Verzicht auf Weihnachtsgeld für höhere Gehaltsgruppen.
- Abbau der Gehälterhierarchie.
- Abschaffung des kirchlichen Beamtentums und der Anlehnung an staatliche Gehaltsregelungen.

Homosexuelle Menschen

Wir fordern, daß die Kirchen homosexuelle Menschen akzeptieren und nicht ausgrenzen und ihnen gleichberechtigt Berufsmöglichkeiten eröffnen.

Ausländische MitbürgerInnen

Wir verpflichten uns und fordern die Kirchengemeinden auf, in Partnerschaft mit AusländerInnen und Flüchtlingen zu leben. Dieses beinhaltet,

- Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen,
- Unterschlupf zu gewähren,
- Kontakt- und Begegnungsstellen für Flüchtlinge einzurichten,
- interkulturelle Erziehung und entsprechende Lehrerfortbildung zu initiieren.

Zur Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Situation von AusländerInnen treten wir ein für

- das kommunale Wahlrecht für langjährig in der BRD lebende AusländerInnen,
- ein zügiges und faires Asylverfahren, die Aufhebung der Unterbringung von Flüchtlingen in Heimen, des Arbeitsverbotes und der Begrenzung des Aufenthaltes auf einen Landkreis.

Frieden

Wir wollen auf den Gott des Lebens vertrauen und uns nicht auf Sicherheit durch Abschreckung verlassen, die ganze Völker zu Geiseln nimmt.

Militarisierung

Wir wollen der anhaltenden Militarisierung in unserem Land entgegentreten. Dieses verbietet jegliche Zurschaustellung und Verherrlichung von Waffen auf Flugtagen und Waffenschauen (z.B. Flugtage in Nordholz, ILA in Hannover)

Kriegsdienstverweigerung

Wir bekräftigen das Votum der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver, „daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen“, wie auch die Folgerung: „Die Christen sollten Zeugnis dafür ablegen, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden.“

Deshalb sehen wir die Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise an und treten mit Nachdruck für sie ein.

Damit soll den Soldaten unter uns eine Gewissensentscheidung nicht abgesprochen werden. Wir bitten sie aber, öffentlich zu erklären, daß sie nicht bereit sind, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, und daß sie sich auch in einem „konventionellen Krieg“ die Gehorsamsverweigerung vorbehalten.

Zivildienst

Die Kirchen sollen sich dafür einsetzen,

- daß der Zivildienst der z.Zt. als Ersatz für den Wehrdienst eingebunden ist in die Gesamtverteidigung, als Friedensdienst ausgestaltet wird;
- daß die selbstverständliche Zurückstellung von Theologiestudenten vom Wehrdienst nach § 12 des Wehrpflichtgesetzes aufgehoben wird.

Militärseelsorge

Wir fordern die Kirchen auf, die bisherige Praxis der Militärseelsorge kritisch zu hinterfragen und zu prüfen, ob der Seelsorgeauftrag an Soldaten auch in kirchlicher Eigenständigkeit durch Ortsgemeinden in Standortnähe wahrgenommen werden kann.

Zivilverteidigung

Wir treten dafür ein, öffentlich zu machen, daß durch das Konzept der Zivilverteidigung im Mobilmachungsfall die Bevölkerung militärisch eingepflanzt ist. Kirchenvorstände, Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, in Gemeinde- und Kreisverwaltungen nachzuforschen, wie die Planung der Zivilverteidigung in ihrem Bereich aussieht.

Soziale Verteidigung

Gruppen gewaltfreien Widerstandes, Gruppen gemeinsamen, einfachen Lebens und der geplante Zusammenschluß von Gruppen, die auf die soziale Verteidigung hinarbeiten, machen uns Mut uns für Gewaltfreiheit in unserer Gesellschaft und zwischen den Völkern einzusetzen. Wir laden Gemeinden und Gruppen ein, sich über das Konzept der sozialen Verteidigung zu informieren und gewaltfreie Handlungsweisen einzuüben.

Wir fordern unsere Kirchen und ihre Einrichtungen der Aus- und Fortbildung auf, all ihre Bildungsmöglichkeiten zu nutzen, um das Konzept der sozialen Verteidigung zu vermitteln.

Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion

„Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (W. Kruschel). Unser Volk muß sich endlich auch mit diesem Teil seiner Vergangenheit auseinandersetzen, denn nur so ist auf Dauer eine friedliche Nachbarschaft mit der Sowjetunion möglich. Nur so können wir das schreckliche Erbe des Krieges überwinden, das antikommunistische Feindbild, den Glauben an den Vorrang von Stärke und Sicherheit in Innen- und Außenpolitik. Wir verpflichten uns, die Diskussion darüber in die Gemeinden und die Öffentlichkeit zu tragen, und fordern die EKD zu einer Denkschrift, die Katholische Bischofskonferenz zu einem Hirtenbrief und die anderen Kirchen zu ähnlichen Stellungnahmen auf.

Wir bitten die Kirchen, Begegnungen mit Menschen aus der Sowjetunion finanziell und organisatorisch zu fördern.

Bewahrung der Schöpfung

Wir wollen die Schöpfung mit all unseren Kräften vor der Vergiftung und Vernichtung schützen, sie pflegen und wiederherstellen.

Kernenergie

Es gibt keine sog. „friedliche“ Nutzung der Kernenergie. Darum lehnen wir die Nutzung der Kernenergie und ihre Weiterentwicklung entschieden ab. Wir fordern die Kirchen auf, die Bundesregierung zu drängen, folgende Maßnahmen zu veranlassen:

- sofortiger Beginn des geordneten Ausstiegs aus der Kernenergie;
- Einstellung aller laufenden Genehmigungsverfahren für Atomanlagen (wie WAA, Brüter, HTR-Modul);
- Abbruch der begonnenen Arbeiten an den geplanten Endlagern Asse, Schacht Konrad und Gorleben;
- Abrechnen der Gebühren für die Müllbeseitigung nach dem Verursacherprinzip;
- Verbot von Atommülltransfer in Länder der Zweidrittel-Welt;
- Bereitstellung von öffentlichen Mitteln in großem Umfang für die Entwicklung von regenerierbaren Energieformen;
- Neugestaltung von Stromtarifen, die zum Energiesparen anreizen.

Gen- und Reproduktionstechnologien

Wir fordern alle Ebenen der Kirchen auf, sich über Gen- und Reproduktionstechnologien zu informieren.

Die Kirchen sollen eindeutig Stellung beziehen gegen die Forschungen in diesen

Bereichen, bei denen die Grenzen der Verantwortbarkeit überschritten sind. Wir fordern die politischen Gesetzgeber auf, ein Verbot der Genom-Analyse zu erlassen, um uns vor der Verwertung von Gen-Informationen durch Versicherungen und Arbeitgeber zu schützen. Wir fordern eine sofortige Beendigung staatlicher Förderung für gentechnologische Forschungsprogramme sowie das Verbot weitergehender Forschung.

Landwirtschaft

Wir fordern die Politiker auf, die Landwirtschaftspolitik auf ökologischen Landbau und artgerechte Tierhaltung auszurichten und Ausbildung, Beratung und finanzielle Förderung entsprechend umzuorientieren.

Darüber hinaus fordern wir von Politikern, das Tierschutzgesetz so zu verändern, daß der Tierquälerei in der Massentierhaltung und bei Tierversuchen ein Ende gesetzt wird.

Bei der Verpachtung kirchlicher Ländereien müssen ökologisch geführte Betriebe und kleinere landwirtschaftliche Betriebe bevorzugt werden, die durch die Strukturmaßnahmen der EG benachteiligt sind. Wir fordern von unseren Kirchen, die Landverpachtungsgesetze so zu verändern, daß diese Pächter geringere Preise zu bezahlen brauchen.

Lebensstil

Wir fordern die Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen auf, alle Entscheidungen auf Umweltverträglichkeit zu überprüfen und entsprechend zu handeln, z.B.

- umweltverträgliche Reinigungsmittel einzusetzen und die Anwendung von umweltschädlichen Chemikalien zu unterlassen;
- in Tagungshäusern Vollwertkost anzubieten und den Hauswirtschaftsleiter/innen entsprechende Fortbildung zu geben.

Wir wollen durch einen einfachen, schöpfungsgerechten Lebensstil die Umweltbelastungen weitgehend reduzieren helfen. Wir fordern die Gemeindemitglieder als Verbraucher auf, ihr Konsumverhalten zu ändern (z.B. in Bio-Läden oder bei Erzeugern einzukaufen) und ihre Ernährung auf Vollwertkost umzustellen.

Hannover, den 9.-11. September 1988